

Stellungnahme

Gesetzesnovelle: Oö. Hundehaltegesetz 2024 - Oö. HHG 2024

Name: Natalie Fabbro-Zier

Sehr geehrte Damen und Herren,

die geplante Novelle des Hundehaltegesetzes sehe ich als Privatperson, so wie viele andere, äußerst kritisch. Ich möchte mich keineswegs als Experte hervortun, jedoch sagt die Größe und das Gewicht eines Hundes nicht das geringste über seinen Charakter aus. Ein Hund ist niemals "von Natur aus" auffällig oder gar bösartig, er wird von Menschen dazu gemacht. Beispielsweise wäre eine engmaschigere Kontrolle von Züchtern weitaus angebrachter als eine Rasseliste. Wann gilt ein Hund darüber hinaus als "gefährlich" oder "auffällig"? Die in den Medien kommunizierten Änderungsvorschläge erwecken den Eindruck, dass künftig eine (möglicherweise grundlose, böswillig geäußerte) Beschwerde ausreicht, um einen Hund als auffällig einzustufen. Die ohnehin schon ausufernden Befugnisse der Gemeinden sollen mit der Novelle noch weiter ausgedehnt werden - insbesondere die Weitergabe von Daten führt meines bescheidenen Erachtens nach um einiges zu weit. Sinnvoller wäre es, von der tierschutzrechtlichen Seite her an das Problem heranzugehen - denn zweifelsohne gibt es eine große Zahl von Personen, die schlicht und ergreifend nicht geeignet sind, um einen Hund oder generell irgendein Haustier zu halten. Fälle von Tierquälerei stehen in unserem Land an der Tagesordnung und werden bagatellisiert, anstatt die verantwortlichen Personen zur Verantwortung zu ziehen.

In meinen Augen ist die geplante Novelle ein Paradebeispiel der österreichischen Anlassgesetzgebung, die man in anderen Bereichen wesentlich sinnvoller zur Anwendung bringen könnte. Täglich gibt es in Österreich unzählige Verkehrsdelikte, nicht wenige davon mit Todesfolge. Werden deshalb etwa die Strafen für Raser oder Alkohol/Drogenkonsum am Steuer erhöht oder endlich die Tempolimits gesenkt? Nein!

Vermutlich wird diese Stellungnahme kein Mitglied des Landtags lesen, geschweige denn darüber nachdenken - es war trotzdem eine nette Idee, den Mitbürger*innen zumindest die Illusion der freien Meinungsäußerung zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen,
eine enttäuschte Oberösterreicherin B.A.